

Gesichtet und gesiebt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **53 (1978)**

Heft 7-8: **Spielplätze : Erlebnis- und Erfahrungsbereiche**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gesichtet und gesiebt

Weitmaschiges Bundesgesetz

Die sogenannte Lex Furgler, die den «Ausverkauf der Heimat» unterbinden sollte, ist in der Praxis ein sehr weitmaschiges Netz, durch das finanzkräftige Ausländer, vor allem, wenn ihnen geschäftstüchtige Schweizer Anwälte zuhand gehen, leicht durchschlüpfen können. Gelegentlich drücken die zuständigen Kantonsbehörden ein oder beide Augen zu. Von 1967 bis 1977 sind zusammengezählt rund 3100 ha Schweizerboden für 7 300 Mio Franken an Ausländer verkauft worden. 40% dieses Betrages fällt allerdings auf Stockwerkeigentum.

Die meisten Ausländerkäufe erfolgten in den Fremdenverkehrsgebieten des Wallis, dann in den Kantonen Graubünden, Waadt und Tessin. An der Spitze der kauffreudigen Ausländer stehen die Deutschen, dann Holländer, Belgier und Franzosen.

Gegen unseriöse Wohnungsvermieter

Der Zürcher Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat eine Änderung des Gesetzes «über den Wohnungsnachweis und die Vermietung von Wohn- und Geschäftsräumen» aus dem Jahre 1961. Damit wird einer sozialdemokratischen Motion entsprochen, die den häufig unseriösen Vermietungsbüros ihr Wucherhandwerk legen will. So soll u. a. die Erhebung von Einschreibgebühren untersagt werden. Die eigentliche Vermietungsgebühr in Form eines Maklerlohnes soll auf die Hälfte des Monatszinses des vermittelten Mietobjektes beschränkt werden.

Losinger AG ohne Dividende

Die Losinger-Gruppe, als grösstes Bauunternehmen der Schweiz, spürt die anhaltende Rezession nachdrücklich. An einer Pressekonferenz im Juni wurde Klage geführt, dass die öffentliche Hand «eine völlig falsche Investitionspolitik» betreibe. Um die Bauwirtschaft am Leben zu erhalten, sollte die öffentliche Hand eine weitere Verschuldung in Kauf nehmen.

Die Geschäftsleitung der Losinger-Gruppe rechnet für das laufende Jahr, trotz leichter Zuwachsraten im Hochbau, mit einem neuen Tief in der gesamten Ertragslage. Glücklicherweise konnte der Anteil des Auslandgeschäftes von 33% auf 38% erhöht werden. Trotzdem hatte sich im Jahre 1977 der Gruppen-

Umsatz um 1,2% reduziert. Bei dieser Sachlage wird der Generalversammlung beantragt, die Dividende, die in den beiden Vorjahren schon nur reduziert zur Auszahlung kam, für dieses Mal ganz ausfallen zu lassen.

Für ein neues Bodenrecht

Mitte Mai hat die «Schweizerische Gesellschaft für ein neues Bodenrecht» in Bern eine Pressekonferenz durchgeführt und über ihre dreijährige Arbeit berichtet. Diese Vorarbeiten seien die Grundlagen für ein neues soziales Bodenrecht, das die Abschöpfung der Grundrente zugunsten der Allgemeinheit als Hauptziel sehe.

Schweiz: Kleinste Eigentümerquote

Im Jahre 1960 wohnten noch 34% der Schweizer in ihren eigenen Häusern. Dieser Anteil sank bis 1970 auf 28% im Landesdurchschnitt, was die geringste Eigentümerquote aller westeuropäischen Länder bedeutet. Je länger je mehr wird die Schweiz aus einem «Volk der Hirten» ein «Volk der Mieter».

Am Schwanz der Liste der Wohnungs- und Hauseigentümer stehen die Kantone Genf, Neuenburg, Basel-Stadt und Zürich (17.7%). Eine Initiantengruppe von dem Zürcher Haus- und Grundeigentümerverband nahestehenden Kantonsräten hat nun die Unterschriftensammlung zu einer Volksinitiative gestartet, die vom Kanton die Ausrichtung von «Bauprämien zur Förderung des Erwerbs von Haus- und Wohnungseigentum für einkommensschwächere Kreise» verlangen will.

Dividende dank Auslandsgeschäft

Die Bauunternehmung Ed.Züblin erlitt im Jahre 1977 im Inland eine Umsatzeinbusse von 11%, was zu einem negativen finanziellen Ergebnis führte. Durch konzentrierte n und angesichts der Währungslage risikobehafteten Einsatz in Ölstaaten und in Entwicklungsländern verlief das Auslandsgeschäft günstig, was schliesslich die Ausrichtung einer 5%igen Dividende auf dem Aktienkapital erlaubt.

Begründung von Mieterwechselln in der BRD

Die den deutschen Gewerkschaften nahestehende Unternehmergruppe

«Neue Heimat» untersuchte die Gründe, die im Jahre 1977 in ihrem Bereich zu Mietvertragskündigungen führten. Rund 18% kündigten aus familiären oder persönlichen Gründen, z. B. Familienauflösung, Änderung der Familiengrösse, usw., 17% der Mieter hatten den Wunsch nach einer grösseren oder luxuriöseren Wohnung. 15% der Wohnungskündigungen erfolgten aus arbeitsplatzbezogenen Gründen. 13% wechselten in eine Eigentumswohnung oder in ein Eigenheim. Wegen Todesfall wurden 6% der Wohnungen aufgegeben.

Interessanterweise waren die umgebungsbezogenen Gründe sehr viel geringer als man gemeinhin annimmt. z. B. Schlechte Einkaufsmöglichkeiten (0,7%), schlechte Verkehrsverbindungen (0,7%), Verkehrslärm (1,5%), etc.

Der deutschen Bauwirtschaft geht es besser

Die Bauwirtschaft in der BRD hat fünf harte Jahre hinter sich. Die staatlichen Stabilisierungsmassnahmen scheinen nun aber doch erfolgreich zu sein. Im Hochbau nahmen die Baugenehmigungen um 14% gegenüber der gleichen Periode im Vorjahr zu. Dieser Produktionsanstieg ist weitgehend auf die grosse Nachfrage nach Einfamilienhäusern zurückzuführen.

Solidaritätsfonds der Wohnbaugenossenschaftsverbände

Der deutsche Gesamtverband gemeinnütziger Wohnbauunternehmen beabsichtigt die Schaffung eines Solidaritätsfonds. Dieser Fonds soll als Nahziel 10 Mio DM anstreben, um «die Wettbewerbsfähigkeit der genossenschaftlichen Unternehmen zu stärken und zu sichern». Bestimmt wird dieser erwähnte deutsche Verband, dem 1250 Wohnbauunternehmen mit 970 500 Wohnungen (!) angeschlossen sind, das gesteckte Ziel bald erreichen.

Zum Vergleich: Unser SVW, dem 470 gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften mit 82 000 Wohnungen angeschlossen sind, besitzt seit 10 Jahren einen Solidaritätsfonds, der mit freiwilligen Beiträgen der Mitglieder auf 2,4 Mio Franken angewachsen ist.